

3.6 Erziehung und Schule

Kurt Neudert



Orientierung vermitteln

3.6 Erziehung und Schule

von Kurt Neudert

Einführung

Schule ist mehr als nur eine Addierung von Unterrichtsstunden. Es geht nicht nur um kognitive Förderung, sondern ebenso um pädagogische Führung und Persönlichkeitsbildung. Der in den Lehrplänen verankerte Erziehungsauftrag leitet sich vor allem ab

- von der Erziehungsbedürftigkeit und der Erziehungsfähigkeit des jungen Menschen und
- vom personalen Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler

und ist begründet von der Dringlichkeit von Erziehung her. Der Erziehungsauftrag bedeutet, daß

- Schule nicht nur Stätte von Unterricht und Unterweisung ist,
- Erziehung und Unterricht nicht zu trennen sind, sondern sich vielfältig durchdringen und im optimalen Fall eine organische Einheit bilden,
- sich im Schulalltag und im Unterricht vielfältige Möglichkeiten ergeben, das Anliegen der Erziehung in alters- und sachgerechter Form zum Tragen zu bringen,
- sich Erziehung nicht auf einzelne Phasen oder gar Stunden beschränkt,
- dem Lehrer als Vorbild entscheidende Bedeutung zukommt,
- Erziehungs- und Bildungsziele dem Erziehungsauftrag zugrundeliegen.

Erziehung und Unterricht zielen also auf die umfassende, ganzheitliche Bildung des jungen Menschen oder wie es in der Bayerischen Verfassung (Art. 131) heißt: „Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.“ Durch die in der Verfassung formulierten obersten Bildungsziele ist ein klares Fundament gegeben, denn Erziehung braucht Normen und Werte, kann nicht wertneutral sein. Für Christen leiten sich diese aus dem christlichen Menschenbild ab.

Erziehungsziel ist der mündige Bürger, der sein Leben in der Gesellschaft eigenverantwortlich gestalten kann. Dazu braucht er

- fundiertes Wissen sowie umfassende Kenntnisse und Fertigkeiten,

- Lernstrategien, um sich selbst Wissen erwerben zu können, also Basis- oder Schlüsselqualifikationen,
- Haltungen, Einstellungen, Wertvorstellungen.

Die Erfüllung des Erziehungsauftrags ist zumindest gefährdet, wenn zwischen Elternhaus und Schule nicht wenigstens ein bestimmtes Maß an Übereinstimmung in den Erziehungsvorstellungen besteht. Dazu bedarf es beständiger Kontakte. Es geht um Kooperation statt Konfrontation, um Aufbau von Vertrauen statt um Untergraben der Autorität des Lehrers, um Einbindung der Eltern in schulische Dinge statt um Abschottung, um regelmäßige Kontakte und Meinungsaustausch statt um Erfüllung formaler Vorgaben des Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes und der Volksschulordnung. Eltern und Lehrer müssen begreifen, daß sie eine gemeinsame Erziehungsaufgabe und -verpflichtung haben dem jungen Menschen gegenüber und daß dies nur im engen Miteinander gelingen kann.

Halt und Orientierung vermitteln

Aus den Erziehungszielen ergeben sich bestimmte Erziehungsmethoden. Im Vergleich zu früher hat sich auch hier ein deutlicher Wandel vollzogen. Eine mehr oder weniger autoritäre Erziehung hatte und hat Ziele wie absoluter Gehorsam, Ordnung, Ruhe, Disziplin, Unterordnung und bedient sich dafür ganz bestimmter Erziehungsmethoden und Erziehungsmittel.

Heute sehen wir Erziehung als Hilfe zur allseitigen persönlichen Entfaltung aller Kräfte und Anlagen und zur Selbstverwirklichung des Menschen, der Initiative entwickelt, bereit und fähig ist zur Mitgestaltung des Zusammenlebens und zur Übernahme von Verantwortung. Um solche Erziehungsziele zu fördern, bedarf es eines bestimmten Erziehungsstils und eines Erzieherverhaltens, das geprägt ist durch mehr partnerschaftliche, sozial-integrative Merkmale auf der Basis natürlicher und bewußt bejahter Autorität des Lehrers. Dabei bedeutet Autorität in der Erziehung keinesfalls autoritäre Erziehung oder autoritäres Verhalten, sondern Erziehung braucht Autorität, die dem jungen Menschen Halt und Orientierung gibt. Von besonderer Bedeutung ist dabei das Lehrervorbild.

Grundlage einer positiven, zukunftsorientierten Erziehung in der Schule ist eine bejahende Lebenseinstellung in einer Atmosphäre der Anerkennung, des Vertrauens und der Geborgenheit. Dabei haben Erziehungsmittel wie Lob, Ermunterung, Bekräftigung ebenso ihren Platz wie pädagogische Konsequenz und natürliche Strenge, die klare und unmißverständliche Gebote, Verbote und Grenzen setzen. Fehler und Verstöße werden dabei als solche angesprochen und zu- rechtgerückt. Der Tadel richtet sich primär gegen den Fehler und das Vergehen.

Nach der Umwandlung des konfessionellen Charakters der Volksschulen in Bayern in christliche Gemeinschaftsschulen erarbeiteten Vertreter der katholischen und der evangelischen Kirche Leitsätze zur Gestaltung von Erziehung und Unterricht nach den gemeinsamen Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse. Diese Leitsätze wurden 1988 aktualisiert vorgestellt und mit Bekanntmachung des bayerischen Kultusministeriums als Konkretisierung der pädagogischen Umsetzung des Verfassungsauftrags der schulischen Arbeit zugrundegelegt.

Trotz Unterschiede im Verständnis der christlichen Botschaft zwischen den Kirchen hält man eine gemeinsame Unterweisung und Erziehung nach christlichen Grundsätzen für möglich, wenn sie durch einen konfessionell geprägten Religionsunterricht ergänzt und vertieft werden. Die Leitsätze stellen auch eine Hilfe dar zur Realisierung der obersten Bildungsziele der bayerischen Verfassung.

Zukunftsängste überwinden

Die Leitsätze nennen sechs Zielsetzungen:

- jungen Menschen Hilfe zur Selbstfindung und Antwort auf die Sinnfrage geben,
- zu verantwortlichem Umgang mit der Natur anleiten,
- ethische Orientierung und Wertmaßstäbe aus den Geboten Gottes und dem Liebesgebot Jesu anbieten,
- Förderung der Gemeinschaftsfähigkeit und Einübung sozialer Tugenden,
- Anleitung zum rechten Umgang mit Versagen und Schuld und zu Vergebung und Versöhnung,
- Überwindung von Zukunftsangst, Resignation und Pessimismus und Vermittlung von Lebensbejahung, Lebensmut, Hoffnung und Zuversicht.

Das heißt für Unterricht und Erziehung vor allem:

- Aufgreifen von Möglichkeiten der Gestaltung des Schullebens nach christlichen Lebens- und Ausdrucksformen (Gebet, Meditation, Besinnung, Schul- und Schülergottesdienste, Einkehrtage, Feier des Kirchenjahres ...),
- Gestaltung des Zusammenlebens in der Schule in Achtung vor der Würde des Nächsten und in Befolgung des Gebots der Nächstenliebe,

- Aufgreifen von Sinn- und Wertfragen in sach- und altersgerechter Form und Versuch von Antworten auf der Basis des christlichen Menschenbildes und aus christlichem Verständnis.

Das stellt unzweifelhaft einen hohen Anspruch an den Lehrer dar, dessen persönliche Gewissens- und Entscheidungsfreiheit ebenso zu respektieren ist wie die jedes einzelnen Schülers. Erwartet wird aber die Bereitschaft, Erziehungsziele einer Schule, die sich christlichen Grundsätzen verpflichtet weiß, zu respektieren und zu ihrer Verwirklichung beizutragen.

Zur Situation des schulischen Religionsunterrichts

Gefordert ist heute ein pädagogisch offener, lebens- und gegenwartsnaher Religionsunterricht, der die Lebenssituation der Jugendlichen ernst nimmt und diese dort abholt, wo sie stehen. Er ist Sache der Kirchen und des Staates, der Schüler und Eltern, der Pädagogik und der Theologie, vor allem aber auch der Unterrichtenden selbst. Ein pädagogisch wie didaktisch zeitgemäßer, schülerorientierter und methodisch abwechslungsreicher und ansprechender Unterricht, den weder Schüler noch Eltern missen wollen, ist der beste Schutz gegen Bestrebungen bestimmter Kreise, den Religionsunterricht aus der Schule zu verbannen. Das Pochen auf die rechtliche Verankerung des Religionsunterrichts (Artikel 7, Absatz 3, Grundgesetz) allein genügt schon längst nicht mehr.

Immer wieder wird, auch von Elternseite, die Forderung nach einem gemeinsamen, überkonfessionellen Religionsunterricht erhoben, insbesondere in der 1. und 2. Jahrgangsstufe. Es besteht die Gefahr, daß ein gemeinsamer Religionsunterricht weniger zur religiösen Vertiefung als zur Verflachung führt, weil er sich auf das Gemeinsame beschränken muß. Konfessioneller Religionsunterricht bedeutet nicht Abschottung, sondern bietet folgende Chance: „Wie die Kirchen durch ökumenisches Denken und Handeln immer stärker aufeinander zugehen, ... ohne deswegen auf ihr eigenes Selbstverständnis zu verzichten, so ist auch der konfessionelle Religionsunterricht zur Offenheit verpflichtet; der Gesinnung nach ist er ökumenisch“ (Würzburger Synode).

Auf dieser Basis sind im konfessionellen Religionsunterricht verschiedene Formen der Kooperation denkbar: gemeinsame Projekte, gemeinsamer Unterricht bei gleichen Lehrplanthemen, ökumenische Gebetskreise, Besinnungstage, Schulgottesdienste, gemeinsame Fachkonferenzen, enge Zusammenarbeit bei der Erstellung von Lehrplänen. Es handelt sich dabei nicht um einen ökumenischen Religionsunterricht, sondern um eine Öffnung der Trias von der Konfessionsgleichheit von Lehrer, Lehre und Schüler.

Tips für die Praxis

Die Auflistung konkreter Hinweise für mögliche Aktivitäten des Pfarrgemeinderates beziehungsweise des Sachausschusses „Erziehung und Schule“ kann und will keinesfalls den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Zu unterschiedlich sind die Voraussetzungen in der Zusammensetzung der Gremien und die Gegebenheiten vor Ort. Die Vorschläge sind gedacht als Anregungen und geben positive Erfahrungen wieder.

- Dem Pfarrgemeinderat sollte es ein ernstes Anliegen sein, aktive Eltern zu animieren, sich als Klassenelternsprecher zur Verfügung zu stellen beziehungsweise sich in Elternbeiratsgremien zu engagieren.
- Der Pfarrgemeinderat sollte es sich zur Aufgabe machen, den Kontakt zwischen Pfarrgemeinde und Schule zu stärken, insbesondere da sich Pfarrsprengel und Schulsprengel vielfach nicht mehr decken. Dazu bieten sich unter anderen folgende Möglichkeiten an:
 - Gesprächsrunde Pfarrgemeinde und örtliche Schulleitung(en) sowie Lehrerkollegien,
 - Beteiligung der Schule an Festen des Kirchenjahres oder der Pfarrei,
 - Gottesdienstgestaltung durch Schulklassen,
 - Kindergottesdienst an Weihnachten, gestaltet zum Beispiel von der Schulschauspielgruppe der Schule,
 - Schulleiter, Lehrer als Fachleute in den Sachausschuß berufen,
 - Gemeinsame Aktionen, zum Beispiel Bibelaktion für Kinder, Vorträge,
 - Zusammenarbeit bei Kommunion- und Firmvorbereitung.
- Stärkung der Kontakte zwischen Pfarrgemeinderat beziehungsweise Sachausschuß und Kindergarten, Gespräche mit der Leitung des Kindergartens.
- Aufgreifen konkreter Anliegen und gegebenenfalls Vertretung derselben gegenüber Bürgermeister und Gemeinderat, zum Beispiel:
 - Einrichtung einer Mittagsbetreuung, soweit Bedarf und Voraussetzungen gegeben,
 - Schulwegsicherheit,
 - bauliche Situation der Schule,
 - Kindertageshaltung.
- Betreuung und Beratung von Aussiedlern, deren Kinder die Schule besuchen. Diese Personengruppe steht unserem Schulsystem oftmals hilflos und ratlos gegenüber (Wahl der Schullaufbahn, Bedeutung der verschiedenen Schulabschlüsse, Berufsfindung); Organisieren von Hilfen für Kinder: Hausaufgabenhilfe, nachmittägliche Betreuung.
- Kontakte zu Verbänden, Zusammenarbeit mit Verbänden wie Katholische Elternschaft (KED), Katholische Erziehergemeinschaft (KEG) herstellen, Fachleute von Verbänden als kompetente Gesprächs-

partner, Referenten der Verbände für Vortragsabende einladen.

- Es gibt Beispiele für gut funktionierende Gesprächsrunden zwischen Eltern und Lehrern, bei denen allgemein interessierende Themen besprochen werden. Der Pfarrgemeinderat kann hier eine Art Mittlerfunktion übernehmen.
- Gesprächsrunden des Pfarrgemeinderates beziehungsweise des Sachausschusses mit den örtlichen Schulleitungen zum Beispiel zu Themen wie:
 - Situation an der Schule (Klassenstärken, Entwicklung der Schülerzahlen, Lehrerversorgung),
 - besondere Vorhaben der Schule,
 - Schul- und Schülergottesdienste, Besinnungs- und Einkehrtage für Schüler,
 - Situation des Religionsunterrichts,
 - Situation ausländischer Schüler oder Schüler mit nichtdeutscher Ausgangssprache.
- Beschäftigung mit aktuellen pädagogischen und schulpolitischen Themen wie:
 - Tendenzen neuer Lehrpläne,
 - Änderungen in der Stundentafel,
 - Gestaltung der Übergänge (Kindergarten – Grundschule, Grundschule – weiterführende Schulen, Hauptschule – Beruf),
 - Weiterentwicklung des gegliederten Schulwesens in Bayern und mögliche Auswirkungen auf die Schulen im Einzugsbereich,
 - Mittagsbetreuung, betreuende Grundschule,
 - Reformpädagogische Ansätze (nicht nur in der Grundschule),
 - Verhältnis Regelschule – Schulen in freier Trägerschaft,
 - christliche Erziehung nach den gemeinsamen Leitsätzen der katholischen und evangelischen Kirche,
 - Bedeutung eines konfessionellen Religionsunterrichts,
 - Aufgreifen aktueller Themen und Ereignisse, zum Beispiel Kreuz-Urteil.

Verbände wie KED und KEG wären dankbar für eine Meinungsbildung und Meinungsweitergabe des Pfarrgemeinderates beziehungsweise des Sachausschusses zu diesen oder ähnlichen Themen.

Bei der Beschäftigung mit aktuellen Themen sollten aber folgende Punkte beachtet werden:

- Auswahl der Themen nach örtlichen Gegebenheiten,
- kein blinder Aktionismus,
- nicht den Eindruck erwecken, als wolle der Pfarrgemeinderat eine Art Kontrollinstanz sein,
- sich nicht in Angelegenheiten der Schule einmischen,
- gründliches Abwägen aller Gesichtspunkte vor einer öffentlichen Stellungnahme.

